



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Anna Schwamberger, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Maximilian Deisenhofer, Barbara Fuchs, Claudia Köhler, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**,

Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Ruth Waldmann, Christian Flisek, Harald Güller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz und **Fraktion (SPD)**

Verantwortung für Bayerns Ansehen – Nazi-Jargon entschieden entgegnetreten – Entlassung von Staatsminister Hubert Aiwanger

Der Zwischenausschuss wolle beschließen:

Der Zwischenausschuss fordert Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf, den Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger zu entlassen.

Begründung:

In der Süddeutschen Zeitung vom 26. August 2023 und anschließend in zahlreichen weiteren Medien wurde über den Vorwurf berichtet, Herr Staatsminister Hubert Aiwanger habe in seiner Schulzeit ein Flugblatt verfasst oder verteilt, in dem der Holocaust verharmlost und das Andenken an dessen Opfer in menschenverachtender Weise beschmutzt wird.

Die nach Veröffentlichung des genannten Berichts gegebenen Erläuterungen von Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger sind völlig unzureichend. Sein Umgang mit den Vorwürfen macht ihn für sein Amt und für den Freistaat Bayern untragbar. Er schadet dem Ansehen des Freistaates in der Welt.

Bei einer Demonstration in Erding am 10. Juni 2023 rief der stellvertretende Ministerpräsident die Menschen dazu auf, sich die Demokratie zurückzuholen, in einer ZDF-Talkshow behauptete er, Deutschland sei nur formal eine Demokratie. Demokratische Parteien, Fraktionen und insbesondere Regierungsmitglieder tragen die Verantwortung, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken und zurückzugewinnen. Als Demokratinnen und Demokraten sind alle den Werten der Menschenwürde, des Respekts und der Freiheit verpflichtet. Rechten und Reaktionären das Wort zu reden, untergräbt unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft. Staatsminister Hubert Aiwangers Verbleib im Amt verletzt die Opfer der Shoa und deren Angehörige. Der Zwischenausschuss fordert den Ministerpräsidenten auf, endlich zu handeln und Staatsminister Hubert Aiwanger nach Art. 45 Bayerische Verfassung unverzüglich zu entlassen.